

Parlamentarischer Vorstoss

2017/233

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Motion von Christine Gorrengourt, CVP/BDP-Fraktion: Rechtliche Grundlagen zur aktiven Umsetzung des Bevölkerungsschutzes durch TRAS Beitritt**

Autor/in: [Christine Gorrengourt](#)

Mitunterzeichnet von: Dudler, Müller, von Sury d'Aspremont

Eingereicht am: 15. Juni 2017

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme zu Händen des Landrates vom 19. Mai 2011 und erneut bei der Vorlage zum Postulat 2016-069 darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeit sowohl generell für die Aussenpolitik als auch für die Kernenergie beim Bund liege. Aus diesem Grund hat er den Beitritt zum privatrechtlichen Verein TRAS abgelehnt. Gleichzeitig hat der Regierungsrat eine Vertretung in der französischen lokalen Informations- und Überwachungskommission CLIS befürwortet. Inzwischen ist der Kanton Basel-Landschaft Mitglied bei der CLIS und hat dort einen Beobachterstatus erlangt.

Es ist nach Auffassung des Regierungsrates nicht Sache der Kantone, Mitglied des privatrechtlich konstituierten «Trinationalen Atomschutzverbandes TRAS» zu werden. Dies mit der Begründung, dass Beschlüsse nach Vereinsrecht getroffen würden, welche für die Kantone nicht steuerbar seien.

Jeder Verein muss sich an den in den Statuten festgehaltenen Zweck halten. Der in § 2 der Statuten von TRAS festgehaltene Zweck deckt sich mit §115 Abs 2 mit der Basellandschaftlichen Verfassung. Durch die Kantonsverfassung, sowie durch das Abstimmungsresultat der Volksinitiative vom 16. November 2012 «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)» welche im Kanton Basel-Landschaft eine Mehrheit fand, ist die Regierung angehalten, sich für den Schutz der Bevölkerung vor Atomrisiken im Kanton und der Umgebung einzusetzen.

Die Mitgliedschaft in der CLIS ist eine passive Haltung: Sich von den Kraftwerksbetreibern lediglich informieren zu lassen, entspricht nicht dem Volksauftrag vom November 2012. Folglich erschliesst es sich nicht, wie der Regierungsrat sich aktiv für den Schutz der Bevölkerung einsetzt. Zudem stellt sich die Frage wie der Regierungsrat die rechtliche Legitimation erhalten kann TRAS beizutreten.

Ich bitte den Regierungsrat, basierend auf dem kantonalen Abstimmungsresultat der Volksinitiative vom 16. November 2012 und des Verfassungsartikels §115 Abs2 die rechtliche Grundlage zu schaffen, damit der Kanton Basel-Landschaft dem Atomschutzverband ohne Bedenken beitreten kann.